



Änderungsantrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2016/02340**
Datum: 15.09.2016
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Dr. Inés Brock
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss	15.09.2016	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	28.09.2016	öffentlich Entscheidung

Betreff: Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Zweiter Gleichstellungsaktionsplan 2016-2018"
(Vorlagennummer: VI/2016/01794)

Beschlussvorschlag:

Der „Zweite Gleichstellungsaktionsplan 2016-2018 der Stadt Halle (Saale)“ wird unter 4.1. „Teilhabe am Erwerbsleben mit dem Schwerpunkt Stadtverwaltung Halle (Saale)“ um folgenden Punkt ergänzt:

Erhöhung der Stellen mit Teilzeitbeschäftigung und Entwicklung von Jobsharing-Modellen

Ziel:

Ziel ist eine signifikante Erhöhung der Stellen mit Teilzeitbeschäftigung. Bei neu auszuschreibenden Stellen soll darauf geachtet werden, auch die Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung einzurichten.

Maßnahmen/Projektschritte:

1. Ausschreibung neuer Stellen mit der Option auf Teilzeit
2. Analyse des gegenwärtigen Bedarfs an Teilzeitoptionen bei den Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung
3. Bewerbung von Teilzeitmodellen innerhalb der Stadtverwaltung
4. Entwicklung von Jobsharing-Modellen
5. Evaluierung der Wirksamkeit

Umsetzungszeitraum:

2016-2018

gez. Dr. Inés Brock
Fraktionsvorsitzende

Begründung:

Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern, sind die Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung bzw. des Jobsharings geeignete Mittel. Viele Frauen und Männer möchten oder können aus verschiedenen Gründen (die Betreuung von Kinder, die Pflege Angehöriger, Ehrenämter) nicht in Vollzeit arbeiten. In den Stellenausschreibungen der Stadtverwaltung finden sich bisher meist keine Optionen auf eine mögliche Teilzeitbeschäftigung. Auch grundsätzlich für eine Teilzeitbeschäftigung geeignete Stellen sind stets als Vollzeitstellen ausgeschrieben. Damit schränkt die Stadt die Zahl möglicher Bewerber*innen unnötig ein.